WiSt
Heft 6 51. Jahrgang Juni 2022
Wirtschafts-*wissen*-schaftliches Studium
Gründungsherausgeber:
Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin Dichtl †
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing
Herausgeber:
Prof. Dr. Norbert Berthold
Prof. Dr. Michael Lingenfelder

Im Visier

Wiederaufbau und Perspektiven für die Ukraine

Aktuell lässt sich zwar noch nicht absehen, wann der von Russland geführte Angriffskrieg beendet sein wird, aber die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus der Ukraine ist unbestritten. In Deutschland war nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges die wirtschaftliche Basis weitgehend zerstört. Im Westteil Deutschlands wurde das in den 1950er Jahren erreichte, enorme wirtschaftliche Wachstum als Wirtschaftswunder bezeichnet. Dies war unter anderem auf ein umfangreiches, nach heutiger Kaufkraft 130 Mrd. US-Dollar umfassendes Wiederaufbauprogramm zurückzuführen, den sogenannten Marshallplan (European Recovery Program).

Die Schäden des momentanen Krieges werden hoffentlich nicht so umfangreich ausfallen wie damals im Nachkriegsdeutschland. Aber der Wiederaufbau der Ukraine wird trotzdem eine monumentale Aufgabe sein. Vor allem öffentliche Gebäude, Wohnimmobilien, Krankenhäuser und die Verkehrsinfrastruktur sind an vielen Stellen zerstört worden. Erste Schätzungen des Centre for Economic Research (Rapid Response Economics 1: A Blueprint for the Reconstruction of Ukraine) gehen von kriegsbedingten Kosten zwischen 220 und 540 Mrd. US-Dollar aus.

Die heutige Ukraine umfasst eine Fläche von 604 Tausend Quadratkilometern mit etwa 41 Millionen Einwohnern, die Wirtschaftsleistung betrug im Jahr 2021 knapp 200 Mrd. US-Dollar. Für das aktuelle Jahr prognostiziert der Internationale Währungsfonds einen Rückgang des BIP von 35 %, die Weltbank rechnet sogar mit einem Verlust von 45 %. Die Ukraine wird den Aufbau des Landes nicht allein stemmen können. Die finanziellen Mittel müssen westliche Staaten, internationale Organisationen und private Investoren bereitstellen. Damit diese Gelder nicht durch Korruption an alte Seilschaften gehen, müssen zügig politische Reformen umgesetzt werden. Hier kann die Europäische Union helfen. Wichtig für die Ukraine wäre vor allem eine Beitrittsperspektive zur EU. Wenn auch der Beitritt wohl frühestens in den 2030er Jahren vollzogen werden kann, ist es wichtig, schon jetzt die Weichen in Richtung institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung und eine funktionsfähige Marktwirtschaft zu stellen.

Das ukrainische BIP je Einwohner nach Kaufkraftparitäten betrug im Jahr 2020 knapp 12.000 Euro und war damit höher als das der offiziellen Beitrittskandidaten Albanien (9.287 Euro) und Nordmazedonien (11.368 Euro), allerdings etwa 27 % niedriger als das des ärmsten EU-Landes Bulgarien (16.449 Euro). Das könnte sich durch einen EU-Beitritt jedoch rasch ändern: So hat etwa das ähnlich große Polen (etwa 38 Millionen Einwohner) in den 15 Jahren nach seinem EU-Beitritt über 160 Mrd. EUR an EU-Geldern erhalten, was u.a. zu einer Steigerung des polnischen BIP pro Kopf von über 80 % geführt hat. Dabei ist die Ukraine schon längst auf dem Weg nach Europa. Der Anteil der Exporte nach Russland fiel von 2014 bis 2020 von 18 % auf 5,5 %, während sich im gleichen Zeitraum die Exporte in die EU von 30 % auf 36 % erhöhten.

Der Ukraine-Konflikt ist wahrscheinlich der letzte Krieg, bei dem es um fossile Energie geht. Russland hat die Ukraine angegriffen, um seinen Einfluss in Europa zu stärken. Und dieser Einfluss basiert auf Gas, Kohle und Öl. Die russischen Exporte von fossilen Energieträgern betrugen im Jahr 2021 37 % seiner Gesamtexporte. Mit dem durch den Klimawandel notwendigen Umbau der Energiesysteme Europas und der USA werden sich die Exporteinnahmen aus dem Verkauf von fossilen Energieträgern und damit der Einfluss Russlands drastisch vermindern.

Aus einem weiteren Grund könnte der Beitritt der Ukraine langfristig lohnend für die EU sein: Die Ukraine ist ein großes Flächenland und hat damit ideale Bedingungen für erneuerbare Energien, denn diese brauchen vor allem Fläche. Im Rahmen einer europäischen Energiepolitik könnte ein europaweites Verteilnetz für Strom und Wasserstoff errichtet werden, um den in der Ukraine produzierten Strom in die verbrauchsstarken Industrieregionen der EU weiterleiten zu können. Erneuerbare Energien verursachen zwar hohe Investitionskosten, allerdings gehen ihre variablen Kosten gegen null.

Die Europäische Integration nahm sechs Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ihren Anfang. Jetzt ist eine Neubegründung Europas auf Basis von Sonne und Wind erforderlich. Denn das Ende des fossilen Zeitalters ist nicht nur ein klima-, sondern auch ein geopolitisches Erfordernis.

Prof. Dr. *Karl Heinz Hausner*, Mannheim

https://doi.org/10.15358/0340-1650-2022-6-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY